

BISMILLAHIR-RAHMANIR-RAHIM
Mit dem Namen ALLAHs, Des Allgnade Erweisenden, Des Allgnädigen

Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/IRH
Postfach 100545, 35335 Gießen
www.irh-info.de



28. April 2026

Bildungsauftrag und Völkerrecht:

Was wir Kindern beibringen, muss auch für Staaten gelten

**Leitartikel von Ramazan Kuruyüz,
Vorsitzender der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen (IRH)**

Teaser

Wir lehren Kinder, Konflikte ohne Gewalt zu lösen und das Recht zu achten. Doch die internationale Politik handelt oft gegenteilig. Dieser Widerspruch stellt nicht nur die globale Ordnung infrage – sondern vor allem unsere Glaubwürdigkeit als Gesellschaft. Was wir lehren, muss auch gelten.

Einleitung: Der Bildungsauftrag endet nicht an den Staatsgrenzen

In unseren Schulen lernen Kinder und Jugendliche jeden Tag, wie Zusammenleben funktioniert. Eine Botschaft steht dabei im Zentrum: Konflikte werden nicht mit Gewalt gelöst. Stattdessen gilt es, Streit durch Dialog, klare Regeln und das Recht zu klären.

Diese Prinzipien sind kein Nebenaspekt, sondern das Fundament unseres Bildungssystems. Schulordnungen, pädagogische Konzepte und der Unterricht insgesamt vermitteln konsequent, dass Selbstjustiz in einem Rechtsstaat keinen Platz hat. Niemand darf eigenmächtig entscheiden, wer schuldig ist oder bestraft werden muss. Dafür gibt es Gesetze, Gerichte und rechtsstaatliche Verfahren.

Diese Grundsätze sind nicht nur richtig – sie sind unverzichtbar. Sie sichern ein friedliches und stabiles Zusammenleben. Doch genau hier beginnt das eigentliche Problem. Denn wenn wir Kindern diese Werte vermitteln, stellt sich eine entscheidende Frage:

Gilt das alles nur innerhalb eines Staates – oder auch zwischen Staaten?

Wenn Staaten zur Selbstjustiz greifen

Auf internationaler Ebene beobachten wir immer häufiger ein besorgniserregendes Muster:

Staaten greifen andere Staaten militärisch an und rechtfertigen dies mit Sicherheitsinteressen oder geopolitischen Zielen – selbst dann, wenn diese Handlungen völkerrechtlich eindeutig rechtswidrig sind.

Der jüngste Angriffskrieg der Vereinigten Staaten von Amerika und Israels gegen den Iran ist ein aktuelles Beispiel dafür. Statt auf Diplomatie und Verhandlungen zu setzen, werden militärische Fakten geschaffen.

Dabei entsteht zunehmend der Eindruck, dass sich die amerikanische Politik unter Donald Trump dem militärischen Eskalationskurs der israelischen Regierung unter Benjamin Netanjahu anschließt, anstatt eine eigenständige, auf Ausgleich und Diplomatie gerichtete Rolle einzunehmen.

Besonders widersprüchlich wirkt dies vor dem Hintergrund früherer Aussagen Trumps, der angekündigt hatte, neue Kriege verhindern zu wollen. Die Realität zeigt jedoch ein anderes Bild: Die gegenwärtige Politik hat bereits zu einem Flächenbrand im Nahen und Mittleren Osten geführt – mit tausenden Opfern und der Vertreibung von hunderttausenden Menschen, zuletzt im Libanon, sowie mit langanhaltenden humanitären Katastrophen in Gaza und Palästina. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen sind weltweit spürbar – etwa durch steigende Energiepreise, wirtschaftliche Unsicherheiten und zunehmende globale Spannungen.

Doch das Problem liegt nicht nur in den Angriffen selbst. Noch gravierender ist das Schweigen vieler Staaten, einschließlich Deutschland. Aus Angst vor politischen oder wirtschaftlichen Konsequenzen oder aus geostrategischen Interessen vermeiden es zahlreiche Regierungen, klare Positionen zum Völkerrecht zu beziehen.

Hier stellt sich eine drängende Frage:

Warum muss die gesamte Welt die katastrophalen Folgen dieser Eskalation tragen – wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich –, während die Verantwortlichen für diese Kriege kaum zur Rechenschaft gezogen werden?

Die internationale Gemeinschaft steht in der Verantwortung, hier nicht länger zu schweigen, sondern sich klar und mutig für die Einhaltung des Völkerrechts und gegen jede Form völkerrechtswidriger Gewalt einzusetzen.

Die Lehren der Geschichte

Die Geschichte der Menschheit ist geprägt von blutigen Machtkämpfen und Kriegen. Gerade Europa sollte aus seiner eigenen Geschichte wissen, wohin eine Politik führt, in der Machtinteressen über Recht und Diplomatie gestellt werden. Die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts haben die Welt in beispielloser Weise verwüstet. Fast hundert Millionen Menschen verloren ihr Leben. Ganze Städte wurden zerstört, Länder verwüstet und Generationen traumatisiert.

Diese Katastrophen waren kein Zufall. Sie waren das Ergebnis einer Politik, in der Machtinteressen über Recht, Diplomatie und internationale Regeln gestellt wurden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand deshalb bewusst eine neue internationale Ordnung. Die Vereinten Nationen und das Völkerrecht sollten sicherstellen, dass Konflikte nicht mehr durch Krieg, sondern durch Recht und Diplomatie gelöst werden. Doch heute erleben wir erneut eine Entwicklung, in der das Völkerrecht zunehmend relativiert oder ignoriert wird.

Die zentrale Frage bleibt:

Welche Welt wollen wir gestalten – eine Welt der Macht oder eine Welt des Rechts, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit?

Die Lehren aus Afghanistan und dem Irak

Die Geschichte der vergangenen Jahrzehnte hat gezeigt, wohin militärische Interventionen führen, die auf fragwürdigen Begründungen basieren. Unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung oder der Verteidigung von Freiheit und Demokratie wurden Kriege begonnen – etwa in Afghanistan und im Irak. Diese Kriege haben über eine Million unschuldige Menschen das Leben gekostet, Städte zerstört und ganze Regionen destabilisiert.

Die wichtigste Lehre daraus ist klar: Militärische Interventionen bringen keinen Frieden. Sie schaffen neues Leid. Dauerhafter Frieden entsteht nur durch Diplomatie, Dialog und die konsequente Achtung des Völkerrechts.

Die Gefahr doppelter Maßstäbe

Ein weiteres zentrales Problem unserer Zeit ist die Anwendung doppelter Maßstäbe.

Wenn Russland völkerrechtswidrig handelt, wird dies zu Recht verurteilt. Doch wenn andere Staaten vergleichbare Handlungen begehen, bleibt diese Klarheit oft aus. Im aktuellen Fall ist die Ausgangslage eindeutig: Die militärischen Angriffe gingen von den USA und Israel aus – der Iran ist der angegriffene Staat. Wer diese grundlegende Tatsache ausblendet oder relativiert, verwischt die entscheidende Unterscheidung zwischen Angreifer und Angegriffenem. Das Völkerrecht kann nur dann glaubwürdig sein, wenn es für alle gilt – ohne Ausnahme.

Dämonisierung und politische Einseitigkeit

Ein weiterer problematischer Aspekt ist die politische Einseitigkeit in der Bewertung von Staaten. Israel wird häufig als legitimer Akteur dargestellt, während der Iran pauschal als Bedrohung eingeordnet wird – selbst dann, wenn er Ziel militärischer Angriffe ist. Diese Darstellung verzerrt die Wahrnehmung internationaler Konflikte und erschwert eine sachliche Analyse.

Denn auch hier gilt: Die Angriffe gingen von den USA und Israel aus – der Iran ist der angegriffene Staat. Eine glaubwürdige internationale Politik muss diese Realität klar benennen.

Religiöse Narrative und politische Realität

Um die aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten besser zu verstehen, muss auch ein oft ausgeblendeter Aspekt berücksichtigt werden: der Einfluss religiöser Deutungsmuster auf politische Entscheidungen.

In Teilen der politischen Analyse wird darauf hingewiesen, dass bestimmte zionistische Vorstellungen eines „verheißenen Landes“ sowie endzeitliche Erwartungen in einigen evangelikalen Strömungen in den USA eine ideologische Grundlage für politische Positionen bilden.

Diese Deutungen werden mitunter herangezogen, um territoriale Ansprüche, Siedlungs- und Besatzungspolitik und militärische Aggression politisch zu legitimieren. Gleichzeitig tragen sie dazu

bei, dass Konflikte nicht als lösbare politische Fragen, sondern als historisch oder religiös vorgezeichnete Entwicklungen betrachtet werden.

Auch wenn diese Zusammenhänge unterschiedlich bewertet werden, bleibt festzuhalten: Politik, die sich an solchen Deutungen orientiert, läuft Gefahr, das Völkerrecht zu relativieren und Konflikte weiter zu verschärfen.

Gerade deshalb muss gelten:

Internationale Politik darf nicht von religiösen Endzeitvorstellungen oder ideologischen Narrativen geleitet werden, sondern ausschließlich von Recht, Gerechtigkeit und der Achtung menschlichen Lebens.

Doppelte Moral beim Wert menschlichen Lebens

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – so lautet der erste Artikel unseres Grundgesetzes. Doch dieser Anspruch verliert an Glaubwürdigkeit, wenn menschliches Leben offensichtlich unterschiedlich bewertet wird.

Seit Oktober 2023 sind in Gaza über 75.000 Zivilisten getötet worden, darunter etwa 20.000 Kinder. Hunderttausende Menschen wurden vertrieben. Auch im Libanon wurden über eine Million Menschen innerhalb kurzer Zeit zur Flucht gezwungen.

Hier stellt sich eine unbequeme Frage:

Ist das Leben dieser Menschen weniger wert als das Leben einzelner Opfer in Israel? Warum wird das Leid der einen sichtbar gemacht – und das Leid der anderen relativiert?

Diese Ungleichbehandlung ist nicht nur moralisch problematisch. Sie ist auch pädagogisch fatal. Denn junge Menschen erkennen diese Widersprüche. Und sie fragen zu Recht: Gilt die Würde des Menschen wirklich für alle gleichermaßen?

Sicherheit, Existenzrecht und Zwei-Staaten-Lösung

Immer wieder werden die Sicherheit und das Existenzrecht Israels betont. Doch gleichzeitig werden die Sicherheit und das Existenzrecht der Menschen in Gaza, in Palästina, im Libanon, im Iran, in Syrien und in anderen Ländern der Region weit weniger konsequent berücksichtigt.

Nachhaltiger Frieden kann jedoch nur entstehen, wenn Sicherheit für alle gilt. Jedes Volk hat das gleiche Recht auf Sicherheit, Würde und ein Leben in Frieden. Eine dauerhafte Lösung im Nahen Osten kann daher nur auf der Grundlage des Völkerrechts erfolgen – insbesondere auf Basis der international anerkannten Grenzen von 1967. Das bedeutet:

- ein sicheres Existenzrecht Israels
- und ebenso das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen, souveränen Staat

Die Zwei-Staaten-Lösung ist keine Option – sie ist eine Notwendigkeit. Denn: Es gibt keine Sicherheit für einen Staat ohne Sicherheit für alle. Und es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit.

Reformbedarf der internationalen Ordnung

Die Auswirkungen aktueller Konflikte betreffen längst nicht mehr nur einzelne Regionen. Sie haben globale Konsequenzen – wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich. Gerade deshalb ist eine internationale Ordnung notwendig, die auf Recht und nicht auf Macht basiert. Die Vereinten Nationen spielen dabei eine zentrale Rolle. Gleichzeitig zeigt sich, dass bestehende Strukturen – insbesondere das Vetorecht im Sicherheitsrat – die Handlungsfähigkeit der internationalen Gemeinschaft erheblich einschränken.

Eine Weiterentwicklung hin zu einer gerechteren und repräsentativeren Ordnung bleibt daher eine wichtige Aufgabe der internationalen Politik.

Die Verantwortung Deutschlands

Gerade Deutschland trägt aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung für die Verteidigung des Völkerrechts. Das Grundgesetz macht deutlich, dass die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteil unseres nationalen Rechts sind. Diese Verpflichtung ist kein symbolischer Hinweis, sondern eine zentrale Lehre aus der deutschen Geschichte. Deutschland darf deshalb niemals Teil einer internationalen Politik werden, in der Macht über Recht gestellt wird. Stattdessen sollte unser Land gemeinsam mit europäischen Partnern und allen Staaten, die sich zu einer regelbasierten internationalen Ordnung bekennen, konsequent für die Einhaltung des Völkerrechts eintreten. Eine glaubwürdige Außenpolitik darf dabei keine doppelten Maßstäbe kennen. Völkerrecht gilt nicht nur gegenüber politischen Gegnern, sondern gegenüber allen Staaten.

Der Maßstab unserer Glaubwürdigkeit - was wir unseren Kindern schulden

Am Ende geht es nicht nur um Politik.

Es geht um Glaubwürdigkeit.

Und es geht um unsere Verantwortung gegenüber der nächsten Generation.

Denn ein Punkt erschüttert besonders – nicht nur politisch, sondern vor allem pädagogisch: der Widerspruch zwischen dem, was wir unseren Kindern beibringen, und dem, was wir ihnen vorleben.

Wir lehren sie:

Konflikte ohne Gewalt zu lösen.

Das Recht zu achten.

Dass niemand selbst Richter und Henker sein darf.

Und dann blicken diese Kinder in die Welt.

Und sie sehen das Gegenteil.

Sie sehen, dass mächtige Staaten über Krieg und Frieden entscheiden.

Über Leben und Tod.

Ohne Recht.

Ohne Gericht.

Ohne Völkerrecht.

Das ist keine Ordnung.
Das ist Selbstjustiz auf globaler Ebene.

Und dann stellen sie uns die entscheidende Frage:

Gilt das Recht wirklich für alle –
oder nur für die Schwachen?

Wenn wir darauf keine ehrliche Antwort geben können, verlieren wir mehr als politische Glaubwürdigkeit. Wir verlieren das Vertrauen unserer Kinder. Und damit verlieren wir die Grundlage jeder Erziehung, jeder Wertevermittlung und jeder Zukunft.

Deshalb muss die Antwort klar und unmissverständlich sein:

Das Völkerrecht ist keine Empfehlung.
Es ist eine Verpflichtung.

Recht gilt für alle – oder es gilt gar nicht.

Keine Ausnahmen.
Keine Relativierungen.
Keine doppelten Maßstäbe.

Denn jedes menschliche Leben ist gleich viel wert.

Was wir unseren Kindern beibringen, muss auch für die Welt gelten, in der sie leben.

Alles andere ist nicht nur unglaubwürdig –
es ist verantwortungslos.

Schlusswort

Frieden entsteht nicht durch Waffen.
Frieden entsteht durch Recht.

Frieden entsteht nicht durch Macht.
Frieden entsteht durch Gerechtigkeit.

Und genau daran werden wir gemessen.
Nicht an unseren Worten –
sondern an unserem Handeln.